

Industriepolitisches Grundsatzpapier

1. Executive Summary

Die deutsche Industrie ist das Rückgrat unseres Wohlstands und sichert Millionen hochwertige Arbeitsplätze. Sie zeichnet sich aus durch eine einzigartige Kooperation zwischen Mittelstand, Start-ups, Großunternehmen, oft auch in regionalen Kooperationsnetzwerken, eine weiterhin hohe Innovationskraft, überdurchschnittlich hohe Tarifbindung sowie ein starkes duales Ausbildungssystem. Mit einem Anteil von fast 20% an der Bruttowertschöpfung und einer Exportquote im verarbeitenden Gewerbe von rund 50 % ist Deutschland eine der führenden Industrienationen weltweit. Die insbesondere in den industriellen Kernbereichen fest verankerte Sozialpartnerschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft erwiesen. Sie bildet den institutionellen Rahmen, um die vielfältigen strukturellen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen im konstruktiven Dialog zwischen Unternehmen und Beschäftigten verantwortungsvoll und verlässlich zu gestalten. Eine starke Industrie sichert Beschäftigung und Qualifizierung auch in ländlichen Regionen. Sie ist zugleich ein Beitrag für Stabilität in unserem Land und zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Eine starke industrielle Wertschöpfung ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa insgesamt entscheidend für Wohlstand, wirtschaftliche Stärke und unsere strategische Autonomie. Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage, des globalen Wettbewerbs und der Herausforderungen durch Dekarbonisierung und digitaler Transformation müssen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam handeln, um die industrielle Basis in Deutschland und Europa zu stärken. Denn die Industrie in Deutschland und Europa steht aktuell unter erheblichen Druck. Die Herausforderungen sind hoch:

- Hohe **Energiekosten** belasten die Wettbewerbsfähigkeit, vor allem der energieintensiven Industrien.
- Hohe **Bürokratiekosten**, eine hohe **Regelungsdichte** und unnötig lange **Planungs- und Genehmigungsverfahren** behindern Investitionen und Innovation.
- Die **demografische Entwicklung** führt zu einem sinkenden Arbeitsvolumen. Dies bremst das Wachstum. Zudem wird der Mangel an Fachkräften in vielen Branchen belastend auf die Produktion wirken.

- **Globale Konkurrenz** und wachsende **geopolitische Konflikte** und wachsender **Protektionismus von Drittstaaten** zwingen Europa, seine Position zu verteidigen, die eigene Resilienz, vor allem beim Thema Zugang zu Primär- und Sekundär-Rohstoffen sowie Grundstoffen und bei den sicherheits- und verteidigungspolitischen Fähigkeiten zu stärken sowie den Marktzugang in Drittmärkten zu sichern. Zugleich muss Europa Überkapazitäten und Wettbewerbsverzerrungen begegnen.
- Sowohl die **Dekarbonisierung** wie auch die digitale Transformation erfordern massive Investitionen.

Unsere gemeinsame Vision: Wir wollen eine starke, nachhaltige und international wettbewerbsfähige Industrie, die bestehende Stärken festigt und ausbaut, Innovationen fördert, hochwertige und produktive Arbeitsplätze sichert und neue schafft und Europas strategische Souveränität stärkt. Um an den genannten Herausforderungen zu arbeiten, spricht sich das Bündnis Zukunft der Industrie für zentrale Maßnahmen in den nachfolgenden fünf für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Industrie zentralen Handlungsfeldern aus:

1. Rahmenbedingungen verbessern und Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit vorantreiben, Planungssicherheit schaffen, Bürokratierückbau, wettbewerbsfähige Energiekosten und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen.
2. Fachkräfte sichern, Fachkräfteförderung intensivieren: Ausbau der dualen Ausbildung, der Schul- und Hochschulausbildung, darunter auch der MINT-Fächer, Weiterbildung und Qualifizierung, inländische Fachkräftepotenziale erschließen, Fachkräfteeinwanderung durch digitale Verwaltungsverfahren erleichtern.
3. Innovation u.a. über gemeinsame europäische Projekte fördern (Mikroelektronik, KI, Edge, Biotechnologie), Investitionen in Schlüsseltechnologien.
4. Resilienz stärken: Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Grundstoffstandorts steigern, Primär- und Sekundär-Rohstoffsicherung vorantreiben, Förderung der Kreislaufwirtschaft, Abhängigkeiten bei Zwischen- und Endprodukten reduzieren und engere Verzahnung zwischen Wirtschafts- sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
5. Europa voranbringen, Handelsbeziehungen diversifizieren: starker EU-Binnenmarkt, Handelsschutz gegen unfaire Marktpraktiken, Handelsabkommen mit wichtigen Partnerländern und -regionen und Diversifizierung der internationalen Handelsbeziehungen als Antworten auf geopolitische Veränderungen und Risiken für die Industrie.

2. Einleitung

Deutschland ist eine Industrienation – mit einer spezialisierten, mittelstandsgeprägten Industrie, die weltweit agiert, Innovationskraft ausstrahlt und Arbeitsplätze von hoher Qualität bietet.

Die deutsche Industrie verfügt über eine hohe Wertschöpfung und starke Spezialisierung. Die Stärken der deutschen Industrie liegen vor allem in der breiten Aufstellung über alle Wertschöpfungsketten und der hohen Spezialisierung oftmals familiengeführter, innovativer Unternehmen („Hidden Champions“) in Bereichen der qualitativ anspruchsvollen Industrieproduktion. Diese starke Ausgangsbasis gilt es nun zu nutzen, um an den weltweit wachsenden Märkten für Zukunftstechnologien wie KI-Anwendungen (Industrial AI), Mikroelektronik, Automation und Robotik, Energie- und Netztechnik sowie Medizintechnik zu partizipieren.

Deutschland hat zudem eine der besten beruflichen Aus- und Weiterbildungskulturen weltweit. Kombiniert mit starken Forschungsnetzwerken (Fraunhofer- und Max-Planck-Institute, Universitäten, etc.), Innovationsclustern und Kooperationen mit Start-ups ermöglichen sie den Unternehmen, komplex, präzise und innovativ zu produzieren.

Deutschland bietet darüber hinaus stabile Rahmenbedingungen. Hierzu gehören rechtsstaatliche Sicherheit, verlässliche industrielle Beziehungen, ein starker Schutz geistigen Eigentums und der Zugang zum EU-Binnenmarkt mit rund 450 Millionen Konsumenten.

Die umfangreiche industrielle Basis mit einer guten Mischung aus weltweit agierenden Großunternehmen und exportstarken Mittelständlern war über viele Jahrzehnte Grundlage und Basis unseres Wohlstands. Diese Basis wird aktuell durch geopolitische Veränderungen und Krisen in Frage gestellt: geopolitische Konfliktherde, die immer stärker werdende Konkurrenz Chinas und zunehmende Zollkonflikte. Produktion und Beschäftigung in der Industrie sind im letzten Jahrzehnt zurückgegangen und die jüngsten außenwirtschaftlichen Verwerfungen haben die Lage weiter verschlimmert.

Viele Sicherheiten, die Grundlage für den Erfolg der deutschen Industrie in den vergangenen Jahrzehnten waren, sind ins Rutschen geraten oder stehen in Frage. Hinzu kommen nationale Herausforderungen durch Überalterung der Infrastruktur, ein hohes Kostenniveau im europäischen und internationalen Vergleich, u.a. bei Energiepreisen, unnötige Bürokratie und langwierige Verfahren, Vernachlässigung der Schul- und Hochschulausbildung sowie immer stärker der demographische Wandel mit seinen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die steigenden Kosten für die Sozialversicherungssysteme.

Um das industrielle Fundament zu festigen, braucht es eine langfristig ausgerichtete Investitionspolitik, die einerseits einen bedarfsgerechten Investitionspfad in die öffentliche Infrastruktur absichert und vor allem einen verlässlichen Rahmen für private Investitionen setzt. Dies erfordert insbesondere eine Verbesserung der allgemeinen

Rahmenbedingungen für unternehmerische Investitionen. Zugleich geht es auch um die gezielte Förderung von Zukunftstechnologien und Innovationen. Hierfür braucht es einerseits eine zielgerichtete Nutzung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK). Zudem müssen vereinfachte und digitale Verfahrensabläufe, auch bei Förderinstrumenten, zu einer spürbaren Reduzierung von Bürokratieaufwand führen. Und es braucht zielgerichtete Anstrengungen, um den spezifischen Fachkräftebedarf abzusichern.

Zugleich braucht eine starke Industrie ein starkes Europa. Deutschland muss dazu beitragen, dass die gravierende Wachstumsschwäche der Europäischen Union durch eine konsequente Wirtschaftspolitik über alle Felder hinweg angegangen wird, wie dies zum Beispiel im Draghi-Bericht und in den Absichtserklärungen der Institutionen der EU in den letzten beiden Jahren dargelegt worden ist. Eine Stärkung und Vertiefung des EU-Binnenmarktes als Heimatmarkt der deutschen Industrie ist daher ebenso dringlich wie eine Diversifizierung der Außenwirtschaft durch weitere Handelsabkommen zur Eröffnung neuer Wachstumsmöglichkeiten und Absicherung von Wertschöpfungsketten. Darüber hinaus muss sich Deutschland in der EU den Veränderungen in der internationalen Wirtschaftsordnung stellen, die Welthandelsordnung stärken und zugleich in der Industrie- und Handelspolitik gegenüber den USA und der Volksrepublik China seine Interessen wahren.

a. Handlungsfeld 1: Rahmenbedingungen verbessern, um struktureller Wachstumsschwäche zu begegnen

Seit Ende 2019 stagniert die preisbereinigte Wirtschaftsleistung in Deutschland, in den Jahren 2023 und 2024 war die deutsche Wirtschaftsleistung sogar rückläufig. Das Wachstum im Jahr 2025 lag nach ersten Schätzungen bei +0,2 %. Seit 2015 ist das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland um weniger als fünf Prozentpunkte gewachsen – die OECD-Länder kamen im Schnitt auf knapp 15 Prozentpunkte Steigerung. Die strukturellen Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft haben sich gegenüber der letzten Dekade mehr als halbiert und werden für die nächsten Jahre derzeit nur auf bis zu ½ Prozent geschätzt. Insbesondere ein demografisch bedingter Rückgang des Arbeitsvolumens dürfte das Wachstum bremsen. Umso wichtiger ist es, durch höhere Investitionen und Produktivität das Wachstum zu stabilisieren.

Die Industrie ist im besonderen Maße von der Wachstumsschwäche betroffen. 2025 wurden 124.000 Industriearbeitsplätze abgebaut. Seit Beginn der Coronapandemie strich die Industrie etwa fünf Prozent der Stellen, das entspricht einer Zahl von 266.500. Diese Verluste von Arbeitsplätzen konzentrieren sich vor allem auf energieintensive und dem Strukturwandel unterliegende Branchen. Sie finden sich aber auch besonders im Mittelstand, wo zahlreiche Unternehmen nach Jahren der Krise aufgeben oder abwandern. Diese Entwicklung gefährdet den Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

Insbesondere hohe Energiekosten sind ein Wettbewerbsnachteil, vor allem in energieintensiven Branchen und solchen mit hoher internationaler Konkurrenz. Dies hemmt Investitionen und schwächt in einem hart umkämpften globalen Umfeld die Marktposition der deutschen Industrie. Das Ziel muss die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Strompreisniveaus sein. Unverhältnismäßige Bürokratie sowie eine noch nicht ausreichend schnelle digitale Transformation belasten zusätzlich und bremsen Innovationskraft aus. Die Exporte stagnieren und gerade traditionell starke Branchen kämpfen mit Marktanteilsverlust in einem immer härter werdenden globalen Umfeld mit gravierenden internationalen Ungleichgewichten.

Wir brauchen daher eine bessere Zusammenarbeit in der internationalen Wirtschaftspolitik statt nationalistischer Strategien, eine konsequente Vertretung europäischen Interessen in der Außenwirtschaftspolitik der EU und nationale Wachstumspolitik in den Ländern der EU. Dazu zählen Maßnahmen, die den unfairen Wettbewerb wirksam begegnen. Insbesondere braucht es effektive Reformen, die die Rahmenbedingungen für den Standort verbessern. So lassen sich die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhöhen, Produktivitätsfortschritte ermöglichen, Wachstum stärken, hochwertige Arbeitsplätze sichern und schaffen und private wie öffentliche Investitionen fördern.

Problem: Niedriges BIP-Wachstum, strukturelle Unterperformance, unfairer Wettbewerb

Maßnahmen zur Problemlösung:

- Investitionsoffensive, vor allem Investitionen in Infrastruktur wie Netzausbau zur Elektrifizierung, Wasserstoff und den Aufbau eines CO₂ Netzes für CCS/CCU
- Beschleunigte Genehmigungsverfahren
- Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen
- Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für FuE (z.B. Ausbau steuerlicher Forschungsförderung)

Problem: hohe Energiekosten führen zu Wettbewerbsnachteilen insbesondere für energieintensive Branchen.

Maßnahmen zur Problemlösung:

- Strompreiskompensation und Industriestrompreis
- Langfristige Netzentgeltentlastung, Netzentgeltreform
- Weitere Anpassung und mehr Flexibilität im Europäischen Beihilferahmen
- Ausweitung des Energieangebots zu wettbewerbsfähigen Preisen
- Ausbau Erneuerbarer Energien kosteneffizient gestalten

Problem: Hohe Bürokratielasten und langsame Digitalisierung, komplexe Vorschriften.

Maßnahmen zur Problemlösung:

- Bürokratiearme Umsetzung von EU-Recht
- Vereinheitlichung von Anforderungen in Energie- und Klimaschutzinstrumenten
- Umsetzung Modernisierungsagenda Bund und Föderale Modernisierungsagenda
- Digitalisierung von Genehmigungsprozessen und Förderverfahren

b. Handlungsfeld 2: Fachkräfte in der Industrie sichern und Fachkräfte qualifizieren.

Eine alternde Bevölkerung verschärft in den kommenden Jahren absehbar die Fachkräfteengpässe und führt auch in industriellen Schlüsselsektoren zu wachsenden Herausforderungen der Fachkräftesicherung. Hinzu kommen Verschiebungen bei den von Unternehmen nachgefragten Kompetenzen.

Problem: Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, Strukturwandel, Passungsprobleme am Arbeitsmarkt, Engpässe bei Fachkräften in der Industrie

Maßnahmen zur Problemlösung:

- Inländische Fachkräftepotenziale heben
- Qualifizierte Fachkräfteeinwanderung und Förderung der Integration von Fachkräften
- Weiterentwicklung Fachkräftestrategie
- Bildungsoffensive, Qualifizierung und Weiterbildung:
- Chancen beim verantwortlichen Einsatz von KI heben

c. Handlungsfeld 3: Innovation fördern: Investitionen in Schlüsseltechnologien

Damit unsere Industrie bestehende Wachstumspotenziale nutzen kann, muss das volle Potenzial der Digitalisierung für effiziente Produktionsprozesse und neue Wertschöpfungspotenziale ausgeschöpft werden. Ziel müssen grenzüberschreitende Kooperationen zur Stärkung der europäischen technologischen Souveränität sein. Die Stärkung der industriellen KI in Europa muss daher eine klare politische Priorität sein. Dies betrifft nicht nur die Anwendung, sondern auch die Infrastruktur, die für die Nutzung von KI erforderlich ist. Zugleich brauchen mittelständische Unternehmen einen bürokratiearmen Zugang zu nationalen und EU -Förderprogrammen.

Mit der Hightech-Agenda sollen v.a. die Felder der industriellen KI, der Quantentechnologien und der Mikroelektronik gestärkt werden. Zudem sollen die Automatisierungspotenziale durch neue und vorhandene Technologien und den breiteren Einsatz der Robotik gehoben werden.

Darüber hinaus müssen die EU-Fördermaßnahmen für Investitionen in digitale Technologien durch den europäischen Haushalt und die Europäische Investitionsbank im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen, insbesondere im Europäischen Wettbewerbsfonds, klar verankert werden.

Problem: zu geringe Investitionen vor allem in Schlüsseltechnologien

Maßnahmen zur Problemlösung:

- Umsetzung Hightech-Agenda
- Automatisierungspotentiale nutzen und ausbauen
- Innovationsfreundliche Entwicklung sowie Umsetzung des KI-Gesetzes
- Entwicklung vertrauenswürdiger, interoperabler und föderierter Datenökosysteme.
- Erleichterung von insb. privaten Investitionen in Mikroelektronik, KI, Quantentechnologien und Cloud-Infrastruktur
- Ausbau von Rechenkapazitäten, europäische Cloud
- Stärkung des europäischen Mikroelektronik-Ökosystems
- Qualitätsinfrastruktur stärken (v.a. Normung, Standardisierung)

d. Handlungsfeld 4: Resilienz stärken, Rohstoffe und Sicherheit

Im Jahr 2025 haben erneut verschärfte Exportrestriktionen auf Rohstoffe und seltene Erden sowie zeitweise auf bestimmte Halbleiter verdeutlicht, dass politisch motivierte Eingriffe in Lieferketten unsere Industrie gefährden. Um die Resilienz unserer Industrie zu stärken, müssen wir die Wertschöpfungs- und Fertigungstiefe in der Industrie erhalten.

Hierzu benötigen wir eine klare Umsetzungs-Strategie zur Diversifizierung der Rohstofflieferketten, um den Zugang zu kritischen und strategischen Primär- und Sekundärstoffen zu sichern. Dies gilt insbesondere für Rohstoffe, die für die Dekarbonisierung, digitale und emissionsarme Transformation, die Luft- und Raumfahrt, die Automobilindustrie, die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie für die Erzeugung unverzichtbarer Grundstoffe wie Stahl unerlässlich sind.

Kritische Abhängigkeiten bestehen neben Rohstoffen und seltenen Erden auch bei Importen in den Bereichen Chemie, Pharmazie (bspw. Antibiotika, Wirkstoffe), Elektronik (bspw. Laptops und Computerzubehör), bei bestimmten Maschinenbauerzeugnissen, Elektromotoren, Waren der PV-Industrie, Dauermagneten und Batterien sowie bei Grundstoffen für Energie- und Sicherheitsinfrastrukturen. Es besteht das Risiko erheblicher Versorgungsengpässe bei vielen dieser Rohstoffe und Produkte, verstärkt durch geopolitische Spannungen, Exportrestriktionen und die hohe geografische Konzentration von Förderung und Verarbeitung.

Daher muss der auf EU-Ebene bestehende Critical Raw Materials Act (CRMA) zügig umgesetzt, Anreize und Rahmenbedingungen für Investitionen geschaffen, Instrumente

wie Rohstofffonds ausgebaut und flexibilisiert werden sowie eine Priorisierung von Sekundärrohstoffen aus Bergbau- und Industrieabfällen im Zuge dessen erfolgen. Statt Recyclingschrotte in Drittstaaten zu exportieren, sollten Sekundärrohstoffe in Europa wiederverwendet und der Materialkreislauf geschlossen werden. Mit dem Export gehen der heimischen Industrie nicht nur Materialien verloren, sondern auch Wertschöpfung.

Über den CRMA hinaus sind Maßnahmen erforderlich, wie die Entwicklung von Finanzinstrumenten zur Unterstützung der Wertschöpfungskette kritischer Rohstoffe vor allem mit Blick auf kritische oder strategische Produkte, Technologien oder Bereiche (High Tech Agenda und Wirtschaftssicherheitsstrategie), die gezielte und strategische Weiterentwicklung von Rohstoffpartnerschaften und die Förderung des Binnenmarktes für Kreislaufwirtschaft. Angesichts der wachsenden geopolitischen und ökonomischen Risiken ist es unerlässlich, dass Politik und Industrie gemeinsam ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Modell zur Absicherung von Rohstofflieferketten entwickeln.

Problem: Handelskonflikte, geopolitische Risiken, gezieltes Nutzen von Rohstoffabhängigkeiten als Druckmittel durch einzelne Akteure.

Maßnahmen zur Problemlösung:

- Diversifizierung der Rohstofflieferketten, verbessertes Monitoring von Lieferketten, Rohstofffonds und Vertiefung von Rohstoffpartnerschaften.
- Stärkere Zusammenarbeit zwischen Staat und Industrie mit Blick auf konkrete Rohstoffwertschöpfungsketten.
- Ausbau der internationalen Zusammenarbeit zu Wirtschaftssicherheitsaspekten
- Bekenntnis zu heimischer Rohstoffförderung und -verarbeitung
- Unternehmerische Bevorratung fördern
- Zügiger Auf- und Ausbau von Partnerschaften mit rohstoffreichen Staaten außerhalb Europas, um Planungssicherheit für Industrie und Infrastrukturprojekte zu erhöhen.
- Nutzung von militärisch-zivilen Spillover-Effekte, insbesondere mit Blick auf High-Tech Bereiche

e. Handlungsfeld 5: Europa und Diversifizierung der Außenwirtschaft

Die deutsche und europäische Industrie kann sich nur in einem wettbewerbsfähigen, innovationsfreundlichen Europa im globalen Wettbewerb behaupten. Hierfür muss der europäische Binnenmarkt weiter vertieft und vollendet werden. Das multilaterale Handelssystem mit der WTO im Zentrum zu stärken und zu reformieren, neue Freihandelsabkommen abzuschließen und Industrien wo geboten durch den Einsatz von

Handelsschutzinstrumenten im Einklang mit europäischen und internationalen Regeln konsequent vor unfairen Handelspraktiken zu schützen, stärkt Wohlstand und Freiheit.

Problem: Das Potenzial des Binnenmarkts wird aktuell nicht ausgeschöpft. Unfaire Handelspraktiken von Drittstaaten führen dazu, dass die europäischen Industrieunternehmen Wettbewerbsnachteile haben und zunehmend Marktanteile an Drittanbieter verlieren.

Maßnahmen zur Problemlösung:

- Vertiefung und Vollendung des Binnenmarktes, bessere Einhaltung und Durchsetzung der Binnenmarktregeln, Stärkung der Marktüberwachung, um Einhaltung von Binnenmarktregeln sicherzustellen (u.a. nicht CE-konforme Produkte)
- Engere Zusammenarbeit bei Zukunftstechnologien, Stärkung der technologischen Souveränität in Europa
- Stärkung von Wertschöpfungsketten, Schaffung von praxisnahen und administrativ schlanken Leitmärkten
- Diversifizierung der Märkte
- Aktive, pragmatische und regelbasierte Handelspolitik
- Schutz vor unfairem Wettbewerb aus Drittstaaten
- Europäische Wirtschaftssicherheitsagenda

Seit 2015 erarbeiten im **Bündnis „Zukunft der Industrie“** 19 Partner aus Gewerkschaften und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, der Deutschen Industrie und Handelskammer und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Handlungsempfehlungen für die Zukunft unseres Industriestandortes. Gemeinsames Ziel ist es, den Industriestandort Deutschland zukunftsfähig zu gestalten, die Beschäftigung in der Industrie zu erhalten und weiterzuentwickeln, die Industrieakzeptanz zu steigern und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken.